

Berlin

Cyber-Angriff auf das Landesnetz

[19.08.2026] [mit Update] Nach einem IT-Vorfall wurden zwei Berliner Senatsverwaltungen vom Landesnetz getrennt und waren zeitweise arbeitsunfähig. Davon waren auch wichtige Leistungen wie etwa Wohngeldauszahlungen betroffen. Die IT-forensischen Untersuchungen dauern an.

Bereits am Montag berichtete das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin von einem IT-Vorfall, von dem zwei Senatsverwaltungen betroffen seien. Es habe sich „eine Inkriminierung des Landesnetzes Berlin ergeben“, heißt es in der recht knappen Meldung, die gängige Termini wie „Cyberattacke“ oder „Hackerangriff“ ausspart und auch sonst „aus ermittlungstaktischen Gründen“ nur wenig konkrete Informationen zu Ausmaß und Hintergründen gibt.

Fest steht, dass bereits vergangenen Freitag die [Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen](#) sowie die [Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt](#) aus Sicherheitsgründen vom [Berliner Landesnetz](#) (BeLa) isoliert wurden. Die erforderlichen Maßnahmen zur Absicherung dieses wichtigen Kommunikationsnetzes seien umgehend veranlasst worden. Beteiligt sind nach Angaben des Landes Berlin auch das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaft Berlin und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Senatsverwaltungen im Kommunikations-Lockdown

Seit Montag gibt es zudem einen IKT-Notfallkrisenstab unter Leitung des Landesbevollmächtigten für Informationssicherheit des Landes Berlin, der die weiteren Absicherungsmaßnahmen und laufenden forensischen Untersuchungen koordiniert. Die Sicherheit des Landesnetzes habe dabei oberste Priorität. Das in Teilen vom ITDZ betriebene Landesnetz ist eine Highspeed-Datentrasse für die Kommunikation in der Hauptstadtverwaltung, die etwa 600 Standorte verbindet. Darunter sind neben der Verwaltung unter anderem auch Gerichte, Wissenschaftsstandorte wie die Charité, die Polizei und die Feuerwehr. Ob und in welchem Ausmaß das wichtige Datennetz betroffen ist, ist derzeit unklar. Nach Informationen des [Rundfunks Berlin-Brandenburg \(rbb\)](#) sind aber wohl beide betroffene Senatsverwaltungen derzeit nicht arbeitsfähig. Der Mailkontakt nach außen sei gekappt, nur Telefon, SMS und Fax nutzbar, zitiert der Sender Betroffene. Die Konsequenzen für Berlinerinnen und Berliner dürften schon bald spürbar werden: So berichten der Berliner [Tagesspiegel](#) und der rbb, dass damit die Auszahlung von Wohngeld an über 50.000 Haushalte in Gefahr sei. Für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 könnten Briefwahanträge derzeit nur per Brief, nicht aber online, gestellt werden. Der Grund dafür liegt nach rbb-Informationen aber nicht im Angriffsgeschehen, sondern darin, dass die laufenden umfangreichen Sicherheitsanalysen selbst viel Netzleistung in Anspruch nehmen und so Performanceprobleme verursachen.

Update: Senatsverwaltungen wieder am Landesnetz

Am Sonntag, dem 23. August, teilte das Berliner Presse- und Informationsamt mit, dass alle Senatsverwaltungen wieder ans Landesnetz Berlin angeschlossen und grundsätzlich arbeitsfähig seien. Mit der erfolgten Anbindung stünden auch wieder die in den Bezirken genutzten Fachverfahren

grundsätzlich zur Verfügung. Es sei allerdings nicht ausgeschlossen, dass es zu Beginn noch vereinzelt zu Beeinträchtigungen und Verzögerungen in den Arbeitsprozessen kommen könne, heißt es. Beide Senatsverwaltungen haben Sofortmaßnahmen zur Erhöhung ihrer IT-Sicherheit veranlasst, darunter auch eine kontinuierliche erhöhte Überwachung der IT-Systeme. Die forensischen Untersuchungen zur Absicherung des IT-Systems der Landesverwaltung dauern nach Angaben der Senatskanzlei an und sollen auch in den kommenden Wochen fortgesetzt werden.

()

Stichwörter: IT-Sicherheit, Berlin